

+ + + Landtagsticker + + +

Ausgewähltes aus der Landtagssitzung vom 11./12.06.2020

#Regierungserklärung

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten „Wege aus der Krise – unser Plan für Sachsen-Anhalt“

Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff hat in der Juni-Sitzungsperiode des Landtags unter dem Titel „Wege aus der Krise – unser Sachsen-Anhalt-Plan für die Zukunft“ eine Regierungserklärung abgegeben und wollte sich darin den drängenden Fragen der Zeit widmen.

Der *Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion Thomas Lippmann* erklärte in der Debatte, dass der Ministerpräsident uns bei der Ankündigung seiner Regierungserklärung etwas im Unklaren gelassen habe, aus welcher der Krisen er dem Land einen Weg in die Zukunft weisen wolle, denn es gäbe ja nicht nur eine Corona-Krise.

So haben „die Maßnahmen der Bundes- und Landesregierung zur Eindämmung der Pandemie in zweifacher Weise massiv in unseren gewohnten Alltag eingegriffen: Die physischen Kontakte wurden über längere Zeit so rigoros begrenzt, dass praktisch alle Strukturen unseres sozialen und kulturellen aber auch unseres demokratischen Zusammenlebens auf Eis gelegt wurden, weil Menschen nicht mehr zusammenkommen konnten.“

„Produktion und Konsum und damit verbundene Geldflüsse in vielen Branchen wurden stark eingeschränkt oder ganz unterbrochen. Eine Wirtschaftskrise als Folge war absehbar und auch, dass sich die Politik mit deren Folgen befassen muss.“

Thomas Lippmann wies jedoch darauf hin, dass Wirtschaftskrisen nichts Neues im Kapitalismus seien, nur der Anlass diesmal ungewohnt, aber der Wirtschaftsmotor durchaus wieder anspringen werde. Er setzte fort: „Die wirklichen Krisen aber, die uns beschäftigen müssen, sind die, die im sozialen und kulturellen Bereich bestehen und die tiefer gehen und länger anhalten werden.“

Und Beleg dafür sei die deutlich sichtbare **Krise des Gesundheitssystems**, die seit mehr als einem Jahrzehnt herbeiregiert wurde. Dazu komme die Krise im **Bildungssystem**. Neben Lehrermangel und fehlender digitaler Infrastruktur sei in dieser Situation die Bildungsgerechtigkeit in diesem Schulhalbjahr noch mehr als je zuvor auf der Strecke geblieben. Hinzu kommen Fragilität und Krisenanfälligkeit der **Kulturszene** im Land aufgrund der mangelnden Kontinuität und Verlässlichkeit in der Finanzierung des Kulturbetriebes.

Und dann auch die **Krise der kommunalen Haushalte**, die sich durch die Corona bedingten Mindereinnahmen auch trotz der zugesagten Mittel zum Ausgleich verschärfen wird, weil die zu niedrige Grundfinanzierung der Kommunen nicht geändert wird. Thomas Lippmann sagte dazu: „Ein radikaler Schuldenschnitt durch den Bund und die Ankündigung grundlegender Änderungen im FAG des Landes wären in dieser Ausnahmesituation die richtigen Maßnahmen. Dann hätten viele Kommunen nach Corona eine faire Chance für einen Neustart. Aber dafür gibt es keinen Plan dieser Landesregierung!“

„Die Krisen über die wir zu reden haben und für die wir einen Weg brauchen, sind Krisen politischer Entscheidungen vor der Pandemie, es sind Krisen, die die sozialen Schief lagen verstärken und Bildungsungerechtigkeit verfestigt, die den Staat finanziell weiter aushungern und die Grundfesten unserer Demokratie ins Wanken gebracht hat. Deshalb wachsen die Proteste und die Erwartungen der Menschen an andere Entscheidungen und an eine andere Politik.“

„Die wirklichen Krisen infolge der Corona-Pandemie hat der Ministerpräsident nicht im Blick. Was auch geflissentlich überspielt wird, ist die Krise der Koalition und der Landesregierung.“

#Umwelt

Giftschlammgrube Brüchau vollständig entsorgen und renaturieren

Anlässlich des aktuellen Endberichtes zur Giftschlammgrube Brüchau (Altmark) hat die Linksfraktion erneut die unverzügliche komplette Entsorgung der Grube gefordert. Der *wirtschaftspolitische Sprecher Andreas Höppner* sagte dazu in seiner Einbringungsrede: „Es steht nun wohl endgültig fest: Die Giftschlammgrube Brüchau ist undicht und Giftstoffe gelangen schon seit Jahrzehnten ins Grundwasser bzw. in die Umwelt. Seit Jahren behandeln wir dieses Thema und seit Jahrzehnten hat man die Gefährlichkeit der Grube einfach ignoriert bzw. abgewiegelt und ja, ich sage es noch einmal deutlich, man hat dabei auch auf Zeit gespielt.“

Er kritisierte, dass frühere Warnungen und Gefahrenhinweise jahrzehntelang ignoriert worden seien, man habe das Ergebnis so nicht haben bzw. sehen wollen. Andreas Höppner weiter: „Verantwortung tragen und trugen in der Vergangenheit hauptsächlich die jeweiligen Ministerien, die hier als direkte Vorgesetzte die politische Ausrichtung bestimmten. Die Sache hat also System, indem es immer noch heißt: ‚Wirtschaft vor allem und zuerst, danach erst Umweltschutz bzw. Schutz der Bürgerinnen und Bürger.‘“ Und er forderte, dass dieses System endlich fallen müsse.

Dabei verwies er auch darauf, dass die Vorgänge um die Giftschlammgrube Brüchau übrigens nicht alleine dastehen. So seien auch die Vorgänge um die Grube Teutschenthal hierfür bezeichnend. Ein weiteres Beispiel zur Arbeitsweise von LAGB und vorangegangenen Landesregierungen und ihrer verantwortlichen Institutionen, seien die Vorgänge um illegal abgelagerten Müll in Tongruben im Jerichower Land. Dazu gab es im Jahre 2008 einen Untersuchungsausschuss, um eine mögliche Verantwortung von Ministerien und anderen Behörden für den Skandal aufzuklären. Auch der damalige Arbeits- und Wirtschaftsminister Reiner Haseloff habe dort aussagen müssen und hätte das angeblich alles gar nicht so richtig mitbekommen. „Auch hier die Frage, wer hat da tief und fest geschlafen oder zumindest beide Augen sehr lange und intensiv zugedrückt?“, so Andreas Höppner und er kritisierte: „denn wenn sie unserem Antrag im Juni 2019 gefolgt wären, hätten sie bereits ein Handlungs- und Entsorgungskonzept incl. nachvollziehbarer Zeitpläne für die vollständige Entsorgung und hätten bereits eine umfassende verantwortbare, sicherheitsorientierte Gefahrenbeurteilung erarbeitet und vorgestellt. Genau das, was wir letztes Jahr gefordert haben, wird jetzt im Endbericht aufgeworfen.“

Und er betonte: „Neben dem Umweltschaden gibt es auch einen riesigen gesellschaftlichen Schaden.“ Es gehe um Vertrauensverlust in Regierungsinstitutionen, in Aussagen von Politikern, Ministern und Betreiberfirmen.

Er äußerte aber auch die Hoffnung: „Vielleicht erleben wir Altmärker es tatsächlich noch, dass sich die Umgebung der Giftschlammgrube zu einem wunderschönen, natürlichen, altmärkischen Kleinod entwickelt und sich so in das Gesamtgefüge der touristischen Erschließungen der schönen Altmark einfügt. Unsere nachfolgenden Generationen werden es uns sicher ebenfalls danken.“

#Kinder und Jugend

Kinder- und Familiengipfel für Sachsen-Anhalt gefordert

Gesellschaftliche Teilhabe für Kinder und Jugendliche sicher, weil sie im besonderen Maße von den Kontaktsperrungen bzw. den Einschränkungen des öffentlichen Lebens im Zuge der Corona-Pandemie betroffen sind und deren Alltag weiterhin aufgrund der Schließungen bzw. des eingeschränkten Regelbetriebes sämtlicher Einrichtungen und Angebote des Kinder- und Jugendbereichs beeinträchtigt ist, ist der Hintergrund dieses Antrages der Linksfraktion.

Trotz aller Richtigkeit der Entscheidungen zur Eindämmung der Pandemie „müssen wir verantwortungsvoll die Folgen dieser Entscheidungen betrachten und auswerten und vor allem so

schnell als möglich uns dafür einsetzen, dass sie ihre Rechte wieder voll umfänglich wahrnehmen können. Das Recht auf Schule, Bildung und Betreuung darf nicht länger ausgesetzt werden. Die bildungspolitischen Lockerungen müssen mit denen der Wirtschaft Schritt halten.“, sagte die *stellvertretende Fraktionsvorsitzende Eva von Angern*, „Wir haben in den letzten Monaten Kinder weggeschlossen. Wir haben ihre Rechte zu Gunsten unserer aller Gesundheit erheblich eingeschränkt. Ihr Recht auf Bildung. Ihr Recht auf das Spielen mit ihren Freunden musste auf ein Mindestmaß begrenzt werden. Ihnen wurde ein Stück alltäglicher Kindheit genommen.“

„Ein ‚normales Weiter-So‘ ist so schnell nicht zu erwarten. Und wird es mit großer Wahrscheinlichkeit auch nicht geben. Wir müssen daher schnell umdenken, um Kinder und Jugendliche auf diesem Weg zu begleiten und zu unterstützen. Sogar die „Heute-Show“ hat in ihrer letzten Sendung treffend festgestellt, dass es den Anschein hat, dass den Deutschen das Auto wichtiger ist als Kinder. Sebastian Puff-Paff stellte - ACHTUNG SATIRE! - fest, dass Autos natürlich systemrelevant seien, denn sie schaffen einen wirtschaftlichen Mehrwert, Kinder nicht. Deshalb, wir brauchen keinen Autogipfel, wir brauchen dringend stattdessen einen Kindergipfel!!!“

Eva von Angern hob am Ende ihrer Rede hervor: „Schlussendlich ist es Ziel unseres Antrages, Kindern, Jugendlichen und ihren Familien eine Stimme zu geben. Das können sie selbst am besten und das können all jene, die tagtäglich mit ihnen arbeiten, lachen und auch ihren Kummer teilen. Ehrlicher Weise müssen wir uns alle eingestehen, dass viel in den letzten Wochen und Monaten über Menschen berichtet aber auch über sie und ihren Köpfen hinweg entschieden wurde. Doch selten kamen sie selbst und ihre eigene Perspektive in die Öffentlichkeit. Das gilt vor allem für Kinder, Jugendliche, aber auch Alleinerziehende. Sie finden eh selten in unserer Gesellschaft statt und gerade in dieser Zeit fehlt ihnen die Kraft, sich zu Wort zu melden. Das wollen wir ändern! Wissen Sie, Sachsen-Anhalt stünde es hervorragend zu Gesicht nicht nur in diesem Jahr, sondern in regelmäßigen Abständen einen solchen Gipfel durchzuführen!“

#Fähren

Fairness für Fährbetreiber

Die historisch gewachsene unterschiedliche Verantwortlichkeit für Fähren und anschließende Straßen führe immer öfter zu Interessenskonflikten zwischen den Beteiligten der öffentlichen Körperschaften. In vielen Fällen seien Gemeinden Träger von Fähren, die Kreis- oder Landesstraßen miteinander verbinden. Die damit entstehende Kostenbelastung ist aufgrund von zunehmend defizitären Betreiberkosten, z. B. aufgrund von Niedrigwasserphasen, primär ein Problem von Gemeinden, obwohl der Charakter der Aufgabe dem Land oder dem Kreis zugerechnet werden muss. Der Gesetzesentwurf der Fraktion DIE LINKE soll diesen Missstand beheben. Der *regional zuständige Abgeordnete Wulf Gallert* kommentierte dies unter anderem wie folgt: „Gerade da, wo diese Landesstraße besonders teuer ist, nämlich wenn sie mithilfe einer Fähre über den Fluss geht, ist das Land nicht zuständig, sondern da sind Gemeinden zuständig.“ „Und noch mal: Die Landesstraße ist deshalb Landesstraße, weil man mit der Fähre über den Fluss kommt. Die ist nicht deshalb eine Landesstraße, weil der Angler damit bequem an sein Flussufer kommen soll. Vielmehr macht sie nur Sinn, wenn sie durchgängig ist. Deswegen müssen wir das Gesetz ändern. Das Gesetz, das wir ändern wollen, besagt ganz klar: Die Fähre gehört zur Straße. Punkt. Dann hätten wir zumindest alle Probleme bei den Landesstraßen gelöst.“ Bei unterschiedlichen Baulastträgern der Straßen, die mit einer Fähre verbunden werden, soll zwischen diesen eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Zugehörigkeit abgeschlossen werden.

#Gesundheit und Pflege

Corona-Tests bedarfsgerecht finanzieren

Die von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn angekündigte Verordnung zu Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung bei Testungen für den Nachweis einer Infektion mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 stellt eine ausreichende Anzahl von Testungen nicht sicher. Um einer

zweiten Infektionswelle entgegenzuwirken, ist eine Teststrategie erforderlich, die rechtzeitig die Herausbildung von Infektionsclustern in Schulen, Kitas, Alten- und Pflegeheimen, Krankenhäusern und Gemeinschaftsunterkünften erfasst. Hier müssen regelmäßige präventive Testungen stattfinden.

Dazu sagte der *parlamentarische Geschäftsführer der Fraktion **Stefan Gebhardt***: „Das Kernproblem bei Spahns besteht darin, dass er die Kosten für Test auf die Beitragszahler der gesetzlichen Kassen abwälzt. Dafür schröpft er die Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds. Obendrein lässt er die gesetzlichen Kassen auch noch die Kosten für Privatversicherte tragen. Diesen Teilaspekt kritisiert die KENIA-Koalition nunmehr. Aber sie nehmen zum Kernproblem keine Stellung. Denn für die Testungen, die eben nicht Teil der Krankenbehandlung sind, sondern dem Bevölkerungsschutz dienen, ist der Bund zuständig. Nicht Beitragsgelder, sondern Bundesmittel, müssen dafür eingesetzt und die Liquiditätsreserve daraus wieder aufgestockt werden.“ An der Transparenz der Teststrategie des Landes kritisierte er: „Die Bürger unseres Landes, die Eltern, die potenziell gefährdeten Berufsgruppen und ihre Verbände haben nämlich ein Recht darauf, sich ein Bild darüber machen zu können, wie die Teststrategie des Landes nicht nur auf dem Papier, sondern in der Praxis umgesetzt wird.“

Rechtssicherheit für Alten- und Pflegeeinrichtungen

Die vergangenen Wochen und Monate haben den Lebensalltag der Menschen durch tiefgreifende Einschränkungen stark beeinträchtigt. Dabei waren insbesondere die Bewohner*innen von Alten- und Pflegeeinrichtungen einer enormen psychischen Belastung ausgesetzt, da sie etwa zwei Monate keinen Besuch empfangen konnten.

Zu unserem Antrag sprach die *gesundheitspolitische Sprecherin **Dagmar Zoschke***: „Viele der Bewohnerinnen und Bewohner leiden unter diesen Umständen. Aber auch für die Angehörigen war diese Zeit keine leichte Zeit. Wie oft haben wir uns über die Personalsituation in der Pflege gestritten. Sie war vor Corona, sie ist während Corona und sie wird auch in absehbarer Zeit, nicht rosig sein. Mit großer Wahrscheinlichkeit hat gerade diese bestehende Personalsituation zur Verschärfung der eh schon schwierigen Lage beigetragen und die bestehenden Lebensbedingungen in den Einrichtungen mit erschwert.“

An dieser Stelle möchte sich meine Fraktion erneut und auf das Herzlichste bei allen Pflegekräften, in den stationären Einrichtungen und bei den Pflegediensten, aber auch bei allen pflegenden Angehörigen für ihren unermüdlichen Einsatz bis zum heutigen Tage bedanken, wir wünschen ihnen allen weiterhin viel Gesundheit, Kraft und auch den erforderlichen Optimismus, diese und zukünftige Anforderungen zu meistern.“ Und sie stellte fest: „Von der Politik werden klare, eindeutige Vorgaben erwartet. Auch und besonders, wenn man bedenkt, dass im jüngsten Konjunkturpaket der Bundesregierung die Pflegekräfte, deren schlechte Bezahlung ein wesentlicher Grund für die schlechte Personalausstattung in vielen Heimen ist, überhaupt nichts abbekommen. Auch das ist ein Skandal!“

Mit dem Antrag fordert die Linksfraktion: „Wir wollen eine allgemeinverbindliche Anordnung für alle Alten- und Pflegeeinrichtungen über das Verlassen und die Rückkehr in die Einrichtung und über die erforderlichen Hygienemaßnahmen für diesen Fall. [...] Ebenso klare und verständliche Regelungen müssen die Gestaltung der persönlichen Kontakte zur Familie und Freunden der Bewohnerinnen und Bewohner beinhalten“, so Dagmar Zoschke. Darüber hinaus betreffen unsere Forderungen ausreichend Schutzkleidung und Testungen für das Personal.

Erstellt von Kerstin Eisenreich (MdL), 12. Juni 2020

Mehr und Ausführlicheres über Inhalte und Debatten der Landtagssitzungen im Juni 2020 ist auf den Internetseiten der Landtagsfraktion zu finden: www.dielinke-fraktion-lsa.de.
Auch auf Facebook und Twitter können die Debatten verfolgt werden.